

Bund Naturschutz ist enttäuscht über die Unfähigkeit der Stadträte von Ebern zum Kompromiss im FFH-Gebiet und hofft weiter auf eine außergerichtliche Lösung

Der BN stellt nach eingehender Prüfung des Stadtratsbeschlusses zum vom BN gemachten Kompromissvorschlag fest, dass auf dem ehemaligen Bundeswehrübungsplatz weiterhin Motorsport und Offroad vorgesehen sind. Der von der Stadt verkündete Verzicht auf Motorsport beschränkt sich neben einigen Flächen im westlichen Teil vor allem nur auf die sowieso nicht mehr für Fahrsicherheit nutzbaren Fahrstrecken im Bereich der geplanten PV-Anlage.

Auf die lärmintensive Kartbahn südwestlich der Kaserne und die kilometerlange Rallyestrecke wurde nicht verzichtet. Die Rallye-Rennbahn darf im Normalbetrieb mit bis zu 120 km/h genutzt werden. Im Rennbetrieb sind auch noch höhere Geschwindigkeiten erlaubt.

„Der Landesvorstand und die Kreisgruppe des Bundes Naturschutz sehen in dem Stadtratsbeschluss keine Basis für eine Rücknahme der beim VGH eingereichten Anträge auf Überprüfung der Bebauungspläne auf Einhaltung der Gesetze“, stellen Peter Rottner, BN-Landesgeschäftsführer, und BN-Kreisvorsitzender Klaus Mandery fest.

„Der Bund Naturschutz ist mit seinem Kompromissvorschlag schon weit über seinen Schatten gesprungen und bedauert, dass die Stadträte von Ebern die ausgestreckte Hand zu einem Kompromiss nicht ergriffen haben“, so BN-Landesbeauftragter Richard Mergner. Der Bund Naturschutz hofft, dass es doch noch zu einem Umdenken auf der Basis der schon im Gespräch mit Landrat Handwerker als Mediator und 2. Bgmin Rögner erzielten Ergebnisse kommen wird.

Der von der Stadt aufgestellte Bebauungsplan für das ehemalige Bundeswehrgelände hat viele Einwendungen von Fachbehörden nicht ausreichend gewürdigt und die Begründung zu seiner Aufstellung war schon immer zweifelhaft. Bereits das VG Würzburg hat 2007 in seiner Urteilsbegründung die Begründung angezweifelt. Die Begründung ist zusätzlich in der letzten Zeit durch verschiedene Maßnahmen bereits als überholt anzusehen. Der B-Plan steht nach Ansicht des BN auf sehr wackeligen Beinen. Der BN ist sich daher sicher, dass er vom VGH aufgehoben werden wird.

Um die Rechte der Natur zu wahren, hat der Bund Naturschutz daher beim Verwaltungsgericht Würzburg bereits einen Eilantrag auf einen Baustopp für die PV-Anlagen gestellt.

Für Rückfragen:

BN-Kreisvorsitzender Klaus Mandery, Tel. 0171-6064414

BN-Landesgeschäftsführer Peter Rottner, Tel. 0177-8124089